

Magistrat
MK

Bremerhaven, 19.11.2021

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2022/2023

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Magistratskanzlei (MK)

Abteilung/Sachgebiet

MK 3 - Steuerung und Organisation

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 12 TVöD (Entgeltordnung/VKA)	
	vorbehaltlich Bewertung	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Stadtangestellte:r; SB Projektarbeit und Koordination	
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr: **+ 91.860 €**
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

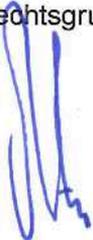
Begründung:

Siehe Anlage

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:



Grantz
Oberbürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom

(wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

MK 3

**Anlage zum Stellenplanantrag 2022/2023 vom 19.11.2021 - Begründung
„Stadtangestellte:r; SB Projektarbeit und Koordination“**

Die Magistratskanzlei ist in ihrer Querschnittsfunktion u.a. zuständig für die strategische Steuerung der Verwaltung insbesondere in organisatorischen Angelegenheiten (MK 3) wie auch digitalen Prozessen (MK 5). Insbesondere die ämter- bzw. dezernatsübergreifenden Aufgabenstellungen haben in der Vergangenheit ein erheblich gestiegenes Ausmaß angenommen und es ist prognostizierbar, dass die Anforderungen weiter zunehmen werden. Neben den originären Aufgabenfeldern der MK nimmt der Anteil der erforderlichen Projektarbeit einen immer größeren zeitlichen Rahmen in Anspruch. Dies führt dazu, dass ursprüngliche Aufgaben nur noch in einem eingeschränkten Maße wahrgenommen werden können.

Die Anzahl der aus zentraler Sicht zu koordinierenden Beantwortungen von Anfragen der Bremischen Bürgerschaft nimmt kontinuierlich zu. Gleiches gilt für die Abstimmung von Senatsvorlagen, die einer oftmals kurzfristigen Zuarbeit oder engen Rückkopplung mit dem jeweils zuständigen Fachamt bedürfen. Die stetige personelle Verstärkung in den beiden für die Zusammenarbeit mit Bremen maßgeblichen Ressorts (Senatskanzlei und Senator für Finanzen; hier insbesondere neu gegründete IT-Abteilung) hat ebenso zu spürbar gestiegenen Anforderungen und Arbeitsaufwand geführt.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche Aufgaben, die den gesamten Magistrat betreffen und daher zentral flankiert und ihrer Gesamtheit betrachtet werden müssen:

- So ist beispielsweise die Thematik „Stufenweise Umstellung der Fahrzeugflotte der Stadtverwaltung auf einen alternativen Antrieb“ eng in Verbindung zu sehen mit der bedarfsgerechten Angebotsverbesserung von (behördeneigenen) E-Ladesäulen. Hierfür konnten Mittel aus dem Handlungsfeld Klimaschutz des Landes generiert werden; zusätzliches Personal wurde nicht bereitgestellt.
- Die Begleitung und flächendeckende Umsetzung des Bremer Informationsfreiheitsgesetz ist eine weitere zusätzliche Aufgabe, die der MK (ohne Schaffung personeller Ressourcen) übertragen worden ist. Auf Seiten der Fachämter besteht diesbezüglich ein fortlaufender Informations- und Beratungsbedarf in allgemeinen Fragestellungen. Damit einhergeht die Mitarbeit und Teilnahme der AG IFG-Beauftragten in Bremen.
- Die koordinierende Bearbeitung von Petitionsangelegenheiten der Stadtverordnetenversammlung obliegt ebenfalls der Magistratskanzlei. Die MK legt die Dezernatszuständigkeit zur Stellungnahme fest und holt die Stellungnahmen ein. Auch ist die MK Ansprechperson für das Büro der Stadtverordnetenversammlung und der betroffenen Bereiche bei Rückfragen. Das Büro der Stadtverordnetenversammlung überarbeitet aktuell das kommunale Petitionsrecht mit der Möglichkeit, künftig insbesondere öffentliche Petitionen zuzulassen und einen Austausch zwischen dem Ausschuss, den Petenten und der Verwaltung zu ermöglichen. Von einem weiteren personellen Mehraufwand in der MK ist auszugehen.
- Etabliert hat sich mittlerweile die Federführung eines Arbeitskreises Brandschutz bei der MK angesiedelt, damit sämtliche Belange des Konzerns Magistrat ausreichende Berücksichtigung finden. Es handelt sich ebenfalls um eine zusätzliche Aufgabe.
- Gleiches gilt für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem seit Jahresbeginn vertraglich gebundenen externen Betriebsarzt, die einen kontinuierlichen Austausch und ständige Ansprechbarkeit erfordert, zumal seitens der MK maßgeblich die fürsorgliche und arbeitsschutzrechtskonforme Arbeitgeberfunktion wahrgenommen wird. Damit verbunden ist eine enge Einbindung in die sich entwickelnden Prozesse des Betrieblichen

Gesundheitsmanagements.

- Perspektivisch ist eine erhebliche Mehrbelastung nicht nur aus den weiterhin zu erwartenden arbeitsintensiven Projekten, sondern auch im Hinblick auf die Begleitung der in Aussicht stehenden externen Organisationsuntersuchungen der Ämter 51 und 53 zu erwarten.

Für die Stadtverwaltung der Zukunft kommt es auf die Magistratskanzlei als Ideengeber und Vorreiter neuer Trends und innovativer Verwaltungsprozesse wesentlich an. Allerdings können die erforderlichen Strategien, wie beispielsweise die Möglichkeit einer virtuellen Bürgerberatung in Ämtern und Einrichtungen, nur mit der erforderlichen Personalstärke federführend erarbeitet und in enger Zusammenarbeit mit den Fachämtern umgesetzt werden.

Das Dezernat I muss eine Koordinierung nach innen ebenso wie nach außen weiterhin sicherstellen und macht aus den vorgenannten Gründen einen zusätzlichen Personalbedarf geltend.

Magistrat
Amt 11/2

Bremerhaven, 22.11.2021

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2022/2023

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Feuerwehr (Amt 37)

Abteilung/Sachgebiet

Planstelle/Stelle Nr.

10018

Bewertung bisher

A 12 BremBesO

Funktionsbezeichnung bisher

Brandamtsrat:rätin

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="1,0"/>
<input type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG <input type="checkbox"/>)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		A 13 BremBesO	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		Brandoberamtsrat:rätin	
Befristung bis		-	

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

+ 4.990 €

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 01.12.2021 die vorgenommene Bewertung der Bewertungskommission „Feuerwehr“ bestätigt und die Planstelle der Besoldungsgruppe A 13 Brem-BesO zugeordnet.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage: Bremisches Hilfeleistungsgesetz

Im Auftrag


Adomeit

Fachausschuss:

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>